

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1 M.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungen und  
Gebäudeverkäufe bis  
3 geschaltete Kolonie-Sätze  
50 M.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Soletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Paul, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprach-Anschluß 3002.

### Frieden, Arbeit, Brot und Schutz der Arbeitskraft.

Wenn der Friede wiederkehrt, wird er in Begleitung von unangenehmen Gästen in den Arbeiterwohnungen sich niederlassen. Arbeitslosigkeit und Not werden ihm auf dem Fuße folgen, und diese beiden Begleiterscheinungen gilt es fernzuhalten. Mit dem Stillstand der Kriegsindustrie wird eine große Zahl der darin Beschäftigten arbeitslos werden. Ihre Zahl wird vermehrt durch die aus dem Felde Zurückkehrenden. Nur ein kleiner Bruchteil dieser Millionen von Menschen kann beim Abbau resp. Umbau der Kriegs- zur Friedensindustrie beschäftigt werden. Für eine ganze Reihe von Industriezweigen fehlen uns zunächst die Rohstoffe, und es ist sehr fraglich, ob diese bald beschafft werden können, besonders soweit es sich um Rohprodukte aus dem Auslande handelt. Reich, Staat und Gemeinden müssen Hand in Hand arbeiten, um zunächst Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es kann wohl angenommen werden, daß Pläne und Entwürfe für nicht ausschließbare Arbeiten und für solche gemeinnütziger Art fertig daliegen, so daß mit der Arbeit sofort begonnen werden kann. Insbesondere die Gemeinden müssen bestrebt sein, Angestellten und Arbeitern auf diese Weise Beschäftigung zu geben. Wenn Reich, Staat und Kommune in jeder Beziehung ihre Schuldigkeit tun, wird ohne weiteres die Privatindustrie, die ihre Rohprodukte aus dem Auslande bezieht, in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine weitere wichtige Frage ist die Art der Arbeitsvermittlung. Es kann für die staatliche Autorität nicht schwer sein, einheitliche Normen hierfür zu schaffen. In jeder Gemeinde sollte die Arbeitsvermittlung von paritätischer Stelle aus geleitet werden. Verlust, Zeitverlust, Schwierigkeiten verschiedener Art können vermieden werden, wenn statt unsres heutigen vielgestaltigen Arbeitsnachweiswesens die zentralisierte Zusammenfassung einheitlich geleiteter Nachweishäuser vorhanden wäre. Die Übersichtlichkeit sowohl über Umfang und Art der Stellenangebote als auch über Zahl und Art der verfügbaren Arbeitskräfte wäre gegeben. Es wäre zu wünschen, daß hierin noch entsprechende Verordnungen ergingen, um die Berücksichtigung im Arbeitsnachweiswesen zu beseitigen.

Dem ist ja nicht anzunehmen, daß nach Friedensschluß für alle freiwerdenden Arbeitskräfte auf Arbeit hoffen werden kann. Es muß aber das äußerste getan werden, um soweit als nur irgend möglich Arbeitslosigkeit hintanzuhalten. Soweit das jedoch nicht gelingt, dürfen die infolge des Krieges arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten nicht dem Elend preiszugeben werden. Für diese Opfer des Krieges ist Arbeitsschulden zu zahlen. Es kann natürlich nicht danach gefragt werden, ob es sich um männliche oder weibliche Arbeitslose handelt. Wer durch die Einstellung der Kriegsarbeit erwerbslos wird, muß Anspruch auf Unterstützung haben. Eine Unrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützungs gelder darf nicht stattfinden. Über die Mindestsätze der Unterstützungs gelder für männliche oder weibliche, ledige oder verheiratete Arbeiter unter Berücksichtigung der Kinderzahl hätte die Reichsregierung Richtlinien zu geben. Es kann auch nicht in das Belieben der Gemeinden gestellt werden, ob und wieviel Unterstützung sie zahlen wollen. Wenn das Reich diese Angelegenheit nicht energisch in Angriff nimmt und zur Durchführung bringt, können uns nach dem Kriege große Schwierigkeiten aus einer umfangreichen Arbeitslosigkeit erwachsen. Bei Kriegsausbruch konnte sie uns nicht so gefährlich werden, weil erstens einmal immer mehr Leute zum Heere eingezogen wurden und weil zweitens die Kriegsindustrie alsbald mit ihrer Tätigkeit einsetzte. Das wird aber beim Friedensschluß wesentlich anders sein.

Sollen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge mit Erfolg ihrer Lösung entgegengeführt werden, dann kann es auch nicht angehen, die erwachsenen männlichen Arbeiter bei unbegrenzter Arbeitszeit zu beschäftigen. Es muß endlich auch für die Arbeiterkategorie ein Normalarbeitstag geschaffen werden. Das ist die notwendige Folge, die sich ergibt aus den eingangs aufgestellten Forderungen. Wäre es doch nur der Widerstand, den einen Teil der Arbeitskräfte Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, während der andere Teil in zwölf- und mehrstündigen Schichten arbeitet.

Als selbstverständlich erwarten wir die sofortige Aufhebung der Bestimmungen vom 4. August 1914 über den Schutz der Frauen und Jugendlichen. Über die Notwendigkeit der Wiedereinführung dieser gesetzlichen Schutzbestimmungen ist heute kein Wort mehr zu verlieren. Aber auch ein weitergehender Schutz der Jugendlichen ist zu fordern. Für Kinder von 14 bis 16 Jahren ist eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden entschieden zu lange. Man muß die Zeit vor der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt hinzurechnen, man denkt an die Reise, mit der das Mittagessen eingenommen werden muss, und es ergibt sich die Berechtigung unserer Forderung. Es ist auch zu beachten, daß in einer Reihe von Städten der Fortbildungsschulunterricht in die Abendstunden nach Arbeitsabschluß verlegt ist, so daß diesen jungen Menschen nichts mehr bleibt als das Verlangen nach Ruhe und etwas freier Zeit. Für eigene Fortbildung, vielleicht in Musik, Malerei, Stenographie oder was zu der jungen werdende Mensch besondere Neigung besitzt, bleibt keine Zeit mehr. Dieser Zustand darf nicht aufrecht erhalten bleiben. Notwendig ist eine kürzere

Arbeitszeit und das Verbot, den Fortbildungsschulunterricht in die Abendstunden zu verlegen. Wir können uns nicht erlauben, mit der menschlichen Arbeitskraft Raubbau zu treiben, das ist während des Krieges in reichlichem Maße geschehen. Was wir in vier Kriegsjahren an Arbeitskraft und Volksgesundheit abgebaut haben, das muß nach dem Kriege wieder aufgebaut werden. Die traurige Tatsache muß ausgesprochen werden: Während seither in manchen Berufen durch die gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr die Arbeitszeit verkürzt werden konnte, hat sich kein Mensch um die Jugendlichen gekümmert, so daß ihre tägliche Arbeitsdauer in vielen Fällen die der Erwachsenen übersteigt. Gewiß haben die Jugendlichen an den gewerkschaftlichen Erfolgen teilgenommen. Wo aber der Einfluß der Gewerkschaften nicht hinreichte, fronden sie unter den alten Bedingungen weiter. Wir erwarten vom Reichstag, daß er unsrer heranwachsenden Jugend den Schutz gibt, der ihr gehört.

### Einen Aufruf

hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterm 17. Oktober herausgegeben, der zur neuen politischen Situation im Reiche Stellung nimmt und folgenden Wortlaut hat:

Die innerpolitischen Verhältnisse des Deutschen Reiches haben in wenigen Tagen eine tiefgehende Umwälzung erfahren, deren Bedeutung weitesten Volkstreifen nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist.

Deutschland ist auf dem Wege vom Obrigkeitstaat zum Volkstaat.

In Preußen ist das gleiche Wahlrecht gesichert und damit der erste entscheidende Schritt zur Zertümmerung der Unterherrschaft getan. Auch in allen andern Bundesstaaten regen sich die Massen, um die Hindernisse zu beseitigen, die der freien Geltendmachung des unverfälschten Volkswillens im Wege stehen.

Der Wille des Volkes oberstes Geist, das wird, das muß in kurzem entscheidendes Leitmotiv für die Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten werden und bleiben.

Leider mußte sich die außenpolitische Lage unsres Landes erst so ungünstig gestalten, um diese Umwälzung, für die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten kämpft, herbeizuführen. Millionen blühender Menschenleben und unermessliche Kulturgüter wären vor Vernichtung bewahrt geblieben, wenn das deutsche Volk in seiner Mehrheit sich nicht den Herrschenden anvertraut, sondern längst seine Geschick in die eigene Hand genommen hätte.

Heute ist die Lage unsres Landes bitter ernst. Die Südostfront ist zusammengebrochen, und an der Westfront stürmen die Massenheere der Entente, der die Menschen und Wirtschaftskräfte von drei Weltteilen zur Verfügung stehen, mit furchtbarem Übergewicht an Menschen und Material gegen unsre Truppen an.

Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungsjugt englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitiker zu werden.

Was wir am 4. August 1914 erklärt haben: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich“ gilt heute in verstärktem Maße. Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verleugnung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer absindern.

Nur um unser Land und sein Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren, haben Vertreter unsrer Partei das Opfer auf sich genommen und sind in die Regierung eingetreten. Sie haben in dieser furchtbaren Situation ihr verantwortungsvolles Amt angetreten mit dem heißen Bestreben, unserm Volke Frieden und Freiheit zu bringen.

Die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, muß eine Regierung des Friedens und der demokratischen Ausgestaltung unsres Landes sein. Nur solange sie es ist, werden ihr Sozialdemokraten angehören.

Um das entsetzliche Morden zu beenden, hat die neue Regierung schnellstens einen Waffenstillstand angeboten und sich bereit erklärt zu einem Frieden des Rechts und der Völkerverjährung, wie ihn die Sozialdemokratische Partei seit Kriegsbeginn angestrebt hat.

Auch die Parlamentarisierung und Demokratisierung unsres Landes ist tatsächlich in Angriff genommen. Die Sozialdemokratische Partei setzt sich mit ganzer Kraft dafür ein, daß die notwendige innerpolitische Umwälzung sich schnell und restlos vollzieht. Sie zahlreicher und entschlossener die großen Volksmassen sich hinter die Partei stellen, um so schneller wird diese ihr Ziel erreichen, um so leichter wird sie die Kräfte überwinden, die sich ihr hemmend und hindern in den Weg stellen.

Schon regen sich gegen diese friedliche Revolution die dunklen Mächte der Gegenrevolution.

Jene altdenkend-konservativ-schwerindustriellen Eroberungs- und Unterherrschaftspolitiker, jene quälernden Demogogen und Phantasten, die, unterstützt von den Millionen der Kriegsgewinner aller Art und gefördert durch eine unverantwortliche Kriegsführung seit Jahr und Tag mit eklatanten, verlogenen Siegesphantasien und nationale Siegesphantasien, in den Versammlungen der Unterherrschaftspartei und deren Schriften, wie in einer willkürigen Presse das deutsche Volk in eine Wolke dunkler Rebels voll Angst und Traur gehüllt haben, alle jene Schädlinge, die das deutsche Volk in die schlimme Lage gebracht haben, je erschienen

sie, nachdem ihr Kartenspiel zusammenstürzt, es dem Volke wie Schuppen von den Augen fällt, den Gipfel der Chamäleonie: sie versuchen den Unmut des Volkes gegen die neue Regierung zu lenken.

Nicht die Ausplunderung und Aushungierung des Volkes durch die agrarischen und sonstigen Lebensmittelwucherer, nicht die Korruption und die viel Erbitterung auslösende Behandlung an und hinter der Front, nicht die parteiische Unterbindung des Sammlungsrechts und die empörende mißbräuchliche Handhabung der Zenturgefahr durch die das freie Wort unterdrückt und die alldeutsche Lüge geschildert wurde, hätten die geistige und wirtschaftliche Widerstandskraft des deutschen Volks untergraben, nein, die Mies- und Flaumacherei der Männer in der neuen Regierung haben das verschuldet, so behaupten die altdenkenden Demagogen im Lager der agrarischen und schwerindustriellen Kriegsgewinner. Mit Aufrufen und Resolutionen laufen sie Sturm gegen die neue Regierung, weil sie ehrlich den Verständigungsfrieden und die Demokratisierung unsres Landes anstreben. Durch sturköpfige Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit versucht man sogar die Arbeiterausschüsse industriellen Werke als Sturmböck zu missbrauchen; auch mehren sich die Anzeichen dafür, daß agrarische Kreise durch Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen.

Gegen dieses verderbliche Treiben muß das deutsche Volk wie ein Mann Front machen. Besonders die arbeitenden Volksmassen müssen ihre ganze Macht einsetzen, um den Einfluß jener Kreise, die sowiel Unheil über Deutschland und das deutsche Volk gebracht haben, gründlich und endgültig zu brechen.

Auch alle jene Treibereien durch bolschewistische Revolutionsphrasen verwirter, unverantwortlicher Personen, die die Arbeiter zu jetzt sinn- und zwecklosen Streiks und Demonstrationen gegen die Regierung auszuputzen versuchen, erschweren den Frieden und die Demokratisierung Deutschlands und arbeiten, wenn vielleicht auch ungewollt, den altdenkenden Kriegstreibern und Feinden der Demokratie in die Hände.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß es ablehnen, sich zum Sturmböck der Gegenrevolution und zum Helfer der imperialistischen Gewaltpolitiker diesseits und jenseits der Front missbrauchen zu lassen.

Nicht durch Herbeiführung eines bürgerlichen Chaos, durch Entfesselung des Bürgerkrieges, der zu dem Blutstrom, der an den Fronten fließt, zu dem Unglück, das über das deutsche Volk gekommen ist, neues Unglück und neue Ströme Blutes bringen, Not und Elend nur noch steigern und die Eroberungsgier unserer Feinde anreizen würde, kann die innere Erneuerung Deutschlands erfolgen.

Nein, wie die berufenen Vertreter der sozialdemokratischen Partei immer erklärt haben, im Wege friedlicher Umwidmung wollen wir unsrer Staatsmeier zur Demokratie und das Wirtschaftsleben zum Sozialismus überleiten.

Wir sind auf dem Wege zum Frieden und zur Demokratie. Alle puissantischen Treibereien durchkreuzen diesen Weg, dienen der Gegenrevolution.

Angesichts der Morgenröte des Friedens und der Freiheit darf und wird sich die klassenbewußte Arbeiterschaft an und hinter der Front nicht zu Unbesonnenheiten verleiten lassen, die letzten Endes nur den Feinden des Volkes nützen.

Bis zum nahen Frieden und auch nach Friedensschluß stehen uns noch schwere Tage bevor. Wir müssen sie überstehen, wir können sie überstehen in dem höheren Bewußtsein, die Zukunft gehört der Völkerversöhnung, der Demokratie und dem Sozialismus!

### Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitssamt.

von Paul Umbreit

Mit der Parlamentarisierung der Reichsregierung ist eine Beschließfähigkeit der deutschen Sozialpolitik eingetreten, die in der Errichtung eines Reichsarbeitssamtes unter Leitung eines sozialdemokratischen Staatssekretärs gipfelt. So wohltuend diese Erfüllung einer alten Forderung der Sozialdemokratie beruhren muß, so kann man doch in diesem Augenblick im Zweifel sein, ob die Abtrennung der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik das Richtige war. Es war Sicherlich ein großer Fortschritt, als durch die Aufteilung des vielbelasteten Reichsamts des Janets neben dem Kriegernährungsamt und dem Kriegsamt ein Reichswirtschaftsamt für die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschaffen der Fürsorge für die Übergangswirtschaft errichtet wurde. Die Schaffung zweier Unterabteilungen für wirtschaftliche und sozialpolitische Angelegenheiten mit je einem besonderen Staatssekretär bot die Gewähr einer sachgemäßen Arbeitsteilung. Eine völlige Trennung dieser Arbeitssäfte schien indes kaum erreichbar, schon deshalb, weil Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht von gegensätzlichen Interessen beherrscht werden dürfen, sondern einander durchdringen und ergänzen müssen. Eine Wirtschaftspolitik, die mehr dem Interesse der Unternehmer entspricht und keine Rücksicht auf die Sozialpolitik nimmt, wäre der Arbeiterschaft höchst nachteilig, wie auch eine Sozialpolitik, die von wirtschaftspolitischen Erwägungen losgelöst wäre, mehr Arbeiterschaft als Arbeiterricht darstellen würde. Eine Zusammenfassung beider Gebiete

unter der Leitung eines Reichsarbeitsministeriums wäre sicher die natürlichste Lösung gewesen.

Die neue Reichsregierung ist bei der Neuorientierung einen andern Weg gegangen, und es muss nunmehr dafür Sorge getragen werden, dass bei dem Neuaufbau des Reichsarbeitsamtes weder die Sozialpolitik zu kurz kommt, noch die Wirtschaftspolitik dem sozialen Geiste entfremdet wird. Die sozialdemokratische Leitung des neuen Amtes verbürgt gewiss eine kraftvolle Initiative in der Richtung der Erfüllung der notwendigsten Arbeiterschlüsse. Aber sie allein genügt nicht, wenn dem Reichsarbeitsamt nicht ein ausreichender Wirkungskreis geschaffen wird. Es gab einmal eine Zeit, wo bürgerliche Vertreter im Reichstage ein Reichsarbeitsamt verlangten und sich dagegen verwahrt haben, dasselbe mehr als eine Art statistisches Observatorium sein sollte, etwa eine andre Form der ehemaligen Reichstagskommission für Arbeiterstatistik. Von einer solchen Begrenzung des neuen Amtes kann natürlich heute keine Rede sein. Aber auch bei weiterer Verlängertigung der sozialpolitischen Arbeitsgebiete stößt die Trennung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Fragen, die streitig bleiben. Vor allem ist die Übergangswirtschaft ein Gebiet, das nicht bloß unter wirtschaftlichen, sondern auch unter sozialpolitischen Richtlinien zu behandeln ist. Ich möchte dabei sogar den sozialpolitischen Forderungen den Vorrang geben. Nur ist gewiss ein Zusammensetzen beider Amtsräte bei der Lösung dieser Fragen sehr gut möglich, aber dies setzt den beiderseitigen guten Willen voraus, und dafür muss bei dem Aufbau der beiden Amtsräte Vorsorge getragen werden. Das gilt besonders für das Reichswirtschaftsamt, in dem auch der Einfluss der Arbeiter und der Angestellten sichergestellt werden muss. Die Mitteilung, dass in Aussicht genommen sei, den sozialdemokratischen Reichstagabgeordneten Kub. Schmidt als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsamt zu berufen, hätte Gewähr dafür, dass ein Weg gesucht und gefunden wird, der sozialen Arbeitspolitik in der künftigen Wirtschaftspolitik des Reiches einen gleichberechtigten Wirkungskreis zu geben.

Bei der Organisation des neuen Reichsarbeitsamtes ist darauf Wert zu legen, dass demselben alle Angelegenheiten, soweit sie die Arbeiter und die Angestellten sowie die Unternehmer als Arbeitgeber berühren, unterstellt werden. Dazu gehören die Gebiete des Arbeitsvertrags-, Tarifvertrags- und Realisationssatzes, des Arbeiterschutzes und der Gewerbeaufsicht, der Arbeiterschutzung, des Einigungsvertrags, der Arbeiterschaft und der Arbeitsermittlung und der Arbeitseinsatzverordnung. Sodann aber nur erst die soziale Arbeitspolitik erfasst werden, während der Bereich der Sozialpolitik entschieden weiter gezogen werden muss. Und es gibt nach diesem Kriege vieles auf dem Gebiete der allgemeinen Sozialpolitik zu leisten. Wir verweisen da vor allem auf die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen, auf die Erneuerung der Volkskraft, auf die Volksernährung, Volksgesundheit und Wohnungsfürsorge. Auch weite Gebiete des öffentlichen Bildungswesens gehören in diesem Sinne zur Sozialpolitik. Mögen die Grenzen der letzteren in mancher Beziehung streitig sein, so soll es doch gerade eine der wichtigsten Aufgaben des Reichsarbeitsamtes sein, die künftige Gesetzgebung mit sozialem Geist zu befürworten und allenfalls die sozialen Kräfte des Volkes zu wecken und zu heben. Es wird sich dabei in nicht geringem Maße auf die Wachsamkeit der Arbeitskammern stützen können, deren Tätigkeitsbereich ebenfalls nicht engherzig auf Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses begrenzt werden darf, sondern denen Raum für die Beratung aller sozialen Fragen gegeben werden muss.

Bei solcher grundsätzlichen Gestaltung des Reichsarbeitsamtes und bei jüngstem Zusammenwirken mit dem Reichswirtschaftsamt in allen wichtigen Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik, vor allem bei der Regelung der Übergangswirtschaft darf erwartet werden, dass das neue Amt bei dem Aufbau des neuen Deutschlands gegenwärtige Arbeit leisten wird. Das Arbeitsprogramm, das ihm vorliegt, ist nicht gering; eine Konzentration auf die wichtigsten und wentschlichsten Reformen ist dabei nicht zu umgehen. Sie stehen in aller Kürze angekündigt.

Zunächst wird dem neuen Amt die Schaffung geeigneter Arbeitserwartungen obliegen, die den Wünschen der Gewerkschaften aller Richtungen entsprechen. Zum zweiten bedarf es der ungezähmten gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung im Sinne der Reichsverordnungen vom März 1915. Darauf hat sich die Schaffung einer nichtgesetzlichen Arbeitslosenversicherung zu konzentrieren, die in Verlängertigung der Finanzlage des Reiches auf die Beiträge der Arbeitgeber und Betriebseigner nicht verzichten kann. Derner bedarf die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge einer raschen gelegischen Lösung. Endlich muss das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten von allen Hemmungen befreit werden. Die Ausgestaltung des öffentlichen Einigungsvertrags und die Schaffung eines Reichseinigungsamtes bietet hinreichend Gewähr dafür, dass die allgemeine Volkswohlfahrt unter der Koalitionsfreiheit nicht zu leiden braucht.

Wir leben in der Zeit des Neuanfangs, die alle tüchtigen Kräfte des Volkes in Anspruch nimmt. Es gilt, die Arbeiterklasse als gleichberechtigt in das Staatsleben einzufügen. Die Männer, die in die Regierung eintreten, müssen diese großen Aufgabe mitzuvertragen, können ihre Ruppen aber nur dann bestmöglich erfüllen, wenn sie sich auf das angekündigte Vertragen der Arbeiterklasse festsetzen können. Partei und Gewerkschaften, die diese Männer für die Regierung vorgeschlagen haben, dürfen sich in Anspruch nehmen, dass sie im unheilvollen Juwelen der Arbeiterklasse gehandelt haben, und sie dürfen darum rechnen, dass die übergeordnete Macht der Arbeiterklasse ihre Einschätzung bestätigt.

## „Viel Schimpfen — wenig Courage!“

Wer lange Zeit in Betriebsleben steht, weiß aus Erfahrung, dass vor uns auf allen Arbeitsplätzen, sei es in der Fabrik oder in der Werkstatt, mit einer Reihe von Kollegen und Kolleginnen verschobenes werden, natürlich durchaus milden geprägt, eine lange Reihe von Schimpfen geht.

Bei allen Gelegenheiten, wo tüchtige Betriebskollegen und Kolleginnen je auf ihre Pflicht gegenüber der Organisation aufmerksam werden und je zur Mitarbeit herausgefordert werden, appen sie die Schimpfer ihrer Verantwortung und rütteln ein langes und breites über ausgedehntes Handeln der leitenden Personen zu bewegen. Weiter alles Geschrei und Rütteln gehen sie die lange Arbeit stören, während sie bei einem Schimpfen sich selber

sagen müssten, dass durch bewegte und schimpfende Querstreichen und Schimpfereien eine Besserung verminderlicher Missstände doch nicht herbeigeführt werden kann. Dreht man dann den Spieß gelegentlich um und fragt dann so einen alten, besser Wissenden, was denn er oder sie für die Ausweitung unserer Ideen, für die Aufbaustützung der Arbeiterschaft in geistiger und materieller Beziehung getan hat, dann, ja dann fällt das Resultat in den meisten Fällen möglicher, recht mager aus.

Die Versammlungen zu besuchen, um gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen über die einzuschlagenden Wege zur Besserung der Verhältnisse zu beraten, dazu haben diese Leute keine Zeit. Mit recht fahrlässigem Ordnung wissen sie ihr Fernbleiben stets zu demüthigen. Sie, die immer schnell bei der Hand sind, andern die Fähigkeit und den guten Willen bei aller ihrer Tätigkeit abzusprechen, haben tausend Entschuldigungsgründe für ihr unwilliges Verhalten.

Ein Teil dieser Kollegen und Kolleginnen scheint sich in den meisten Fällen gar nicht bewusst zu sein, wie ihre Handlungsweise dem Organisationszweck direkt widersetzt, dass sie durch ihr unqualifiziertes Verhalten das mühsam Aufgebauete selbst wieder niederrütteln. Ihre Handlungsweise muss man auf mangelnde Erkenntnis zurückführen. Auf sie trifft auch nur der erste Teil der Überschrift zu. Sie schimpfen, ohne sich recht bewusst zu sein, worum und ob berechtigt.

Bewertischer ist das Verhalten derjenigen Kollegen und Kolleginnen, die hinter ihren Schimpfereien ihren Mangel an Courage verdecken wollen.

Aus kleinerlicher Furcht vor Nachteilen wegen ihrer Zugehörigkeit und dem Bekenntnis zu den Bestrebungen ihrer Gewerkschaft schreiben sie ihre absäßige Kritik vor.

Weil irgend ein Arbeitgeber oder Meister oder sonst ein Vorgesetzter sich mal gegenüber der Arbeiterbewegung missbilligend geäußert und mit Maßregeln gedroht hat, lassen sie sich ins Fockhorn jagen und handeln gegen ihre eigene Überzeugung. Da sie aber selbst hierüber doch das Gefühl der gemissen Beleidigung haben, machen sie ihrem Herzen durch ungerechte Kritik Luft, zum Gaudium unserer Gegner. Die Erkenntnis, dass man derartigen, dem einzelnen angedrohten Nachteilen Uebergriffen und Ungerechtigkeiten von seiten Vorgesetzter mit Erfolg nur geschlossen entgegentreten kann, ist ihnen noch lange nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Sonst wäre ihre Handlungsweise unverständlich.

Man denkt, nach 4½ Jahren schwerster Kriegsbedrängnis, nach einer Zeit ungeheurer Leidens und Entbehrungen diese unverantwortliche Feigheit. Wie sagt doch der Dichter:

Sie hört so viel die Menschen reden  
vom Hochmut, den der Große übt.  
Der Große Hochmut wird sich legen,  
wenn unsre Freiheit sich gibt.

Was auch nicht Wort für Wort auf das oben von uns Gesagte, so ist doch dies Dichterwort nicht minder beherzigenswert. Angebracht ist jedenfalls am Schlusse unserer Ausführungen die Mahnung:

„Etwas weniger Schimpfen —  
aber viel mehr Courage!“

H. P.

und recht geringes Gehalt für Gewinnabteilung. Nebenbei unterscheiden die Kriegsbeschädigten meist ihre körperlichen und geistigen Kräfte, was in der Regel durch den Seelenzustand bedingt wird. Ganz besonders tritt dies bei jenen zutage, die das Unfälle hatten, irgendein Glück oder Degen zu verlieren. Die Kunst der orthopädischen Wissenschaft und ihre Hilfsmittel haben aber einen so hohen Grad der Vollkommenheit erreicht, dass selbst bei schwerer Verleugnung die gute Verwendungsmöglichkeit wirklich Arbeitstüchtiger zumeist ganz außer Zweifel steht. Gewiss werden kriegsbeschädigte Facharbeiter nicht immer und überall Wollarbeiter darstellen können; unser hochentwickeltes Gewerbe ist es indes bei seiner weitgehend durchgeführten Arbeitsteilung und vermeinte der technischen Errungenschaften recht wohl möglich, dass jedes im Krieg beschädigte Facharbeiter Beschäftigung und gesichertes Auskommen zu verschaffen. Die Hauptsache ist, dass er unter Berücksichtigung seiner Verwendungsmöglichkeit an den rechten Platz gebracht wird. Guter Wille auf beiden Seiten, beim Arbeitgeber sowohl wie beim Arbeitnehmer, wird zumeist zum erwünschten Ziele führen.

Nicht unbedeutlich sprechen natürlich die örtlichen Verhältnisse mit. In den Großstädten ist nämlich der Abgang an Facharbeitern bei weitem erheblicher als an kleineren Orten wie z. B. im Sebnitz-Neustädter Industriebezirk, weil in letzterem einerseits die Rüstungsbetriebe mit ihren hohen Augenblicksverdiensten, die die Arbeiter an sich ziehen, wenig vertreten sind, anderseits der Facharbeiter meist durch den Besitz der eigenen Scholle an seinem Wohnsitz gefesselt wird, denn durch den verlorenen Schenkgewinn. Dies letztere gibt einen Fingerzeig, wo die Kriegsbeschädigten fürsorgen bzw. die Fachbetriebe und Fachverbände in den Großstädten mit der Berufsberatung einzufreien haben, um der Abwanderung ihrer Arbeiter vorzubeugen. Wenn z. B. dem Kriegsbeschädigten, insbesondere einem Familienvater, die Gelegenheit geboten wird, sich ein eigenes Heim zu gründen, dem ein Gartchen oder ein Stückchen Land angegliedert ist, wo er, fern von den Einflüssen der Berufstätigkeit, nicht nur gesunder wohnen, sondern sich nebenbei in frischer Luft im Garten oder auf dem Felde betätigen kann, wenn er eine Reihe von Lebensmitteln, wie Gemüse, Obst, Fleisch von Kleintieren, Ziegenmilch usw., sich selbst heranziehen bzw. selbst gewinnen kann, so ergibt sich die Antwort auf die Überschrift dieser Abhandlung.

Schließlich möge hier noch die Frage des Facharbeiternachwuchses gestreift werden. Es ist eine bekannte Tatsache, dass ein kräftiger Nachwuchs da entsteht, wo die Menschen am meisten mit der Natur in Verbindung kommen. Dieser Umstand allein wäre vom wirtschaftlichen Standpunkte Grund genug, möglichst vielen die Gelegenheit zu der hier empfohlenen Wohn- und Lebensweise zu verschaffen, gibt es doch viele Facharbeiter mit größerer Familie, die in städtischen Wohnungen, eben wegen der unsozialen Kinderzahl, wie Aussätzige behandelt werden. So kommt man auch hier zu der Folgerung: Wollen die Fachbetriebe, dass ihre Facharbeiter nicht abwandern, so gebe oder verschaffe man diesen zu günstigen Wohnungen, wenn möglich mit einem Stückchen Land. Allseitige Wünsche werden damit erfüllt. Den Kriegsbeschädigten stellt der Staat laut Gesetz Ansiedlungskapital zur Verfügung. Mögen neben dem Staate auch die Fachverbände daran denken, doch man nicht nur durch die Erhöhung des Verdienstes des Arbeiters Los verbessert oder nur damit dauernd zufriedene Facharbeiter und glückliche Menschen schafft.“

Es mag schon sein, dass auch viele Kriegsbeschädigte es vorziehen, in der Kriegsindustrie Arbeit zu nehmen, auch wenn diese Beschäftigung nur vorübergehend ist. Warum soll ein Kriegsbeschädigter nicht vorübergehend mehr verdienen? Dass nun gerade die Blumenfabrikanten besonders rücksichtsvoll sein wollen auf ihre früheren Arbeitskräfte, ist ganz schön, wenn auch diese Rücksicht mehr praktischen Erwägungen entspringen dürfte, die wir ganz selbstverständlich finden. Liegt es doch im Interesse der Unternehmer, Facharbeiter zu bekommen, sie brauchen dann nicht erst welche auszubilden. Nach den Darlegungen Damerius ist es möglich, dass jedem kriegsbeschädigten Facharbeiter Beschäftigung und gesichertes Auskommen zu verschaffen. Das letztere ist das Wichtigste: ein gesichertes Auskommen. Wenn das in Zukunft anders sein soll als in der Vergangenheit, dann soll es uns sehr freuen. Wir befürchten nur, die Begriffe über „gesichertes Auskommen“ werden, wie schon früher, auch in Zukunft sehr weit auseinander gehen. Und weil kein Unternehmer aus seiner Haut heraus kann resp. weil der Kapitalismus an sein System gebunden ist, wird es schon gut sein, die Blumenarbeiter verlassen sich mehr auf eine gute Organisation als auf das Wohlwollen der Arbeitgeber, das wir jedoch nicht ablehnen wollen.

Gegen die Schaffung eines eigenen Heims wäre an sich nichts einzuwenden. Auch wird man Herrn Damerius recht geben müssen, wenn er sagt, dass viele Familien wegen ihrer anzahlreichen Kinderzahl in den Städten wie Aussätzige behandelt werden. Leider ist das gleiche der Fall auf dem Lande, wenn die Arbeiter in Fabrikwohnungen untergebracht sind. Sie können sich nicht unterstellen, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Obdachlosigkeit ist die nächste Folge. Es sollen hier nicht die zahlreichen Beispiele rücksichtslosen Hinweiswurfs aufgezählt werden, nur die Tatsache soll festgestellt sein. Heute ist es bei vielen Werkwohnungen so, dass bei Aufgabe der Arbeit auch die Wohnung zu räumen ist. Kommt der Unternehmer als Geldgeber zum Bau eines Häuschens in Betracht, so muss der Arbeiter mit der Kündigung der Hypothek rechnen, wenn er dem Arbeit- und Geldgeber nicht mehr zu Diensten ist. Es ist also auf dem Lande noch viel schlimmer für den Arbeiter, als in der Stadt, wenn der Arbeitgeber in das Mietverhältnis hineinzureden hat. Was es mit der ganzen Wohnungsfürsorge auf sich hat, verrät Herr Damerius am Schluss seiner Ausführungen, wenn er sagt, „dass man nicht nur durch die Erhöhung des Verdienstes des Arbeiters Los verbessert“.

Sollen die Arbeiter auf dem Lande ihr eigenes Heim haben, dann darf der Knüppel nicht beim Hund liegen. Hat der Unternehmer Einfluss auf das Mietverhältnis, so benutzt er diesen Einfluss als Mittel zum Zweck. Als zu Anfang dieses Jahres im preußischen Herrenhaus der Entwurf eines Wohnungsgesetzes beraten wurde, stand auch die Frage der staatlichen Geldbeihilfe an Arbeitgeber zum Bau von Kleinwohnungen zur Diskussion. Hierbei hob der Finanzminister ausdrücklich hervor, der Staat werde Gelder nicht zur Verfügung stellen, wenn der Bau von Wohnungen durch Arbeitgeber den Zweck verfolge, die Arbeiter an die Schule zu fesseln. Das ist es aber, was Herr Damerius erreichen will.

## Haus der Industrie

### Verschiedene Industrien

#### Die Arbeiterfrage in der Industrie für Kunstblumen und Schmuckfedern.

Wir vertrauen kein Geheimnis, wenn wir sagen, die Industrie der künstlichen Blumen und Blätter gehört zu jenen Berufszweigen, deren Arbeiterschaft für Hungerlöhne arbeitet. Vor dem Kriege traf das ganz bestimmt zu, während des Krieges hat sich sehr wenig geändert. Auf alle Fälle aber steht die Entzweiung in dem genannten Industriezweige auch heute noch weit hinter anderen Berufen zurück. Diese Tatsache hatte eine Abwanderung der Arbeitskräfte zur Folge, die den Blumenfabrikanten natürlich nicht angenehm war. Zunächst ist diese Abwanderung nicht ohne Einfluss auf die Lohnhöhe geblieben, denn gerade während des Krieges erholt der alte Satz erhöhte Bedeutung, dass der Preis einer Ware bestimmt wird durch das Verhältnis des Angebots zur Nachfrage. In diesem Falle handelt es sich um die Ware Arbeitskraft.

Den Unternehmern in der Blumenindustrie liegt nun des weiteren sehr daran, ihre geschulten Arbeitskräfte nicht für immer zu verlieren. Sie reden deshalb den Rahmenstückigen, wie man zu sagen pflegt, gut zu, umzuziehen so lange es noch Zeit ist. Mit der Frage: „Wie sieht es mit uns unsre Facharbeiter, besonders auch die kriegsbeschädigten?“ beschäftigt sich Willi Damerius (Berlin) im Heft 41 vom 12. Oktober 1918 der Zeitschrift „Künstliche Blumen“. Er führt dazu aus:

Die Zahl der Kriegsbeschädigten nimmt täglich zu, woraus man folgern könnte, dass das schwache Heer der Facharbeiter allmählich wieder aufgefüllt wird. Leider ist dem nicht so; vor allem nicht in den Großstädten. Fast alle Betriebe, die nicht zum Blumenzweig gehören, haben über starken Abgang ihrer Facharbeiter zu klagen. Der Grund dafür mögen mehrere sein. Einmal glaubt der Kriegsbeschädigte durch den außergewöhnlich großen Arbeitsmangel in allen Berufen gerade jetzt trotz seiner Beschränkung in die Lage zu kommen, in andern Betrieben — besonders in den Rüstungsbetrieben — mehr zu verdienen als vor seiner Beschränkung. Er über sieht dabei, dass diese Beschäftigung aus naheliegenden Gründen in der Mehrzahl der Fälle nur vorübergehend sein kann, dass später eine neue Berufsausbildung, die bei den meisten Kriegsbeschädigten erforderlich sein wird, wegen der zusätzlichen nachlos verfrühten Zeit erschwert ist und dass schließlich der Arbeitgeber in einem anderen Berufe mehr nicht soviel Rücksicht walten lassen wird, wie der frühere, welcher zudem früher auch dann nur zur Wiederbeschäftigung bzw. Wiederbeschäftigung genutzt sein wird, wenn später wieder genügend Angebot von Arbeitskräften besteht. Weiters ist es im preußischen Herrenhaus der Entwurf eines Wohnungsgesetzes beraten wurde, stand auch die Frage der staatlichen Geldbeihilfe an Arbeitgeber zum Bau von Kleinwohnungen zur Diskussion. Hierbei hob der Finanzminister ausdrücklich hervor, der Staat werde Gelder nicht zur Verfügung stellen, wenn der Bau von Wohnungen durch Arbeitgeber den Zweck verfolge, die Arbeiter an die Schule zu fesseln. Das ist es aber, was Herr Damerius erreichen will.

Die Rendite- und Verzinsungsangaben machen zur Zeit gut zu viele Kriegsbeschädigte zur Grundlage ihrer späteren Lebensführung und beweisen damit meines Erachtens wenig Einfühlung. Die Rendite- und Verzinsungsangaben machen zur Zeit gut zu viele Kriegsbeschädigte zur Grundlage ihrer späteren Lebensführung und beweisen damit meines Erachtens wenig Einfühlung.



